

# Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Tagesblatt Rieser.  
Fennur Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des  
Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptamts Meichen.

Postkontos: Dresden 1530  
Kontokasse Rieser Nr. 52.

Nr. 179.

Dienstag, 4. August 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 33 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 30%, Aufschlag, feste Tarife. Die Konfektion wird in der zweiten Hälfte des Septembers, also nach der Tagung des Völkerbundes, stattfinden. Diese am 7. September beginnende Tagung würde Chamberlain, Briand und Vandervelde gestalten, ihre Meinungen bezüglich des Sicherheitspaktes auszutauschen, da sie der Tagung des Völkerbundes persönlich beizuwohnen würden. Man glaube nicht an die Möglichkeit, daß im September bei der Völkerversammlung in Genf die Frage der Zulassung Deutschlands aufgeworfen werde und man erkenne folglich auch nicht die Notwendigkeit, die geplante Konferenz vor dem Zusammentritt der Völkerversammlung einzuberufen.

Verantwortlich für Redaktion: L. W. v. Teichgraber, Rieser; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Rieser.

## Deutscher Reichstag.

von Berlin, 3. August.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung, über die wir gestern teilweise schon berichteten, wurden die Abstimmungen vorgenommen.

Die Bestimmungen über die Kapitalverkehrssteuer und die Wechselsteuer werden unverändert angenommen.

Bei der Grundwerbsteuer wird ein Antrag Behrens (Dnati.) einstimmig angenommen, der den Grundwerb durch Anhalten der öffentlichen Wohlfahrtspflege von der Umsatzsteuer befreit.

Bei der Umsatzsteuer wird der Antrag auf Befreiung der Handelsvertreter mit 205 gegen 152 Stimmen abgelehnt. Abgelehnt wird auch der sozialdemokratische Antrag auf Freilassung sämtlicher Lebensmittel mit 224 gegen 181 Stimmen und der völkische Antrag auf Freilassung der im Inlande erzeugten Lebensmittel, sowie der demokratische Antrag zugunsten der freien Veräufe. Die Steuerbefreiung der Konsumgenossenschaften wird mit 233 gegen 124 Stimmen abgelehnt.

Zur Luxussteuer wird ein Antrag angenommen, die hochwertige Dualitätsarbeit zu schonen. Die Aufhebung der Luxussteuer wird abgelehnt.

Die Herabsetzung der Umsatzsteuer auf 1% wird mit 205 Stimmen der Regierungsparteien gegen 152 Stimmen der Linken, der Demokraten und der Völkischen abgelehnt. Es bleibt bei 1,25 Prozent für die allgemeine Umsatzsteuer und 7 1/2 Prozent für die Luxussteuer. Gebilligt wird der Ausschlußbeschluss, daß Länder und Gemeinden keine Herabsetzung der Umsatzsteuer mehr erheben dürfen.

Die Offenlegung der Steuerlisten wird mit 230 gegen 130 Stimmen abgelehnt. Angenommen mit 222 gegen 98 Stimmen wird der demokratische Antrag, wonach der Veranschlagungsanspruch bei den Finanzämtern die Einsichtnahme in das Veranschlagungsergebnis gewährleistet werden soll.

Der Rest des Verkehrssteuergesetzes wird in zweiter Lesung genehmigt.

Es folgt die zweite Lesung des

### Viersteuergesetzes.

Abg. Simon-Schwaben (Soz.) lehnt die Viersteuer ab. Der Redner fordert die bayerischen Vertreter im Reichstage auf, doch endlich Darbe zu bekennen.

Abg. Bachmann (Rom.) lehnt weitere Arbeitslosigkeit als Folgen der Viersteuer voran.

Abg. Fischer-Röll (Dem.) nennt es unerhört, daß man bei dieser Steuer, die bekanntlich zum Ausschluß abgelehnt worden ist, nicht einmal wisse, wie sich die Regierung zu dem neuen Kompromiß stelle.

Abg. Henning (Völk.) bezeichnet das Herumdoktern an der Viersteuer als eine Väterlichkeit ersten Grades. Die Viersteuer müsse überhaupt abgelehnt werden.

Die Abstimmungen über die Viersteuer werden zurückgestellt.

Der Präsident teilt mit, daß die Abstimmung über die kommunifische Beschwerte wegen des Ausschusses der Abg. Hölein und Jadaich am Schluß der Sitzung stattfindet.

Es folgt die zweite Lesung der

### Tabaksteuer.

Abg. Meier-Baden (Soz.) bekämpft besonders die Materialsteuer. Sie würde das Verschwinden der billigeren Zigarettenarten von 3 und 4 Pfennigen zur Folge haben. 80 Prozent aller Zigaretten lägen aber in dieser Preisklasse.

Abg. Obendorf (Rom.) stellt fest, daß der Tabak in Deutschland einen Umsatz von einer Milliarde 878 Millionen habe. Davon umliefe man 40 Prozent, nämlich 750 Millionen, als Steuer hereinbringen. Das kennzeichne am besten die verfehlte Steuerpolitik.

Abg. Hühl (Dem.) vermißt sachliche Gründe für die von der Regierung behauptete Notwendigkeit der Tabaksteuererhöhung. Die Regierungsparteien haben sich dem unerhörten Druck des Reichsfinanzministers gefügt.

Abg. Henning (Völk.) hält einen Schutz Zoll für den heimischen Tabak für notwendig, der mindestens 120 Mark betragen müsse.

Nach 9 Uhr wird darauf die Weiterberatung auf Dienstag 11 Uhr vertagt.

Der Geschäftsordnung gemäß wird dann ohne Aussprache über die inzwischen eingegangenen Beschwerden der Abgeordneten Jadaich und Hölein (Rom.) gegen ihren Ausschluß entschieden. Die Beschwerde des Abg. Hölein wird gegen die Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten und der Mehrheit der Demokraten abgelehnt.

### Deutschnationale Interpellation zu der polnischen Ausweisungspolitik.

Die Deutschnationale Reichstagsfraktion hat eine Interpellation eingebracht, in der es u. a. heißt: In einseitiger und rücksichtsloser Ausführung der getroffenen Vereinbarungen sowie der Anordnungen des Völkerbundes und der Schiedsgerichte hat die polnische Regierung in den letzten Tagen mehr als 30 000 Deutsche von Haus und Hof vertrieben. Wir fragen die Reichsregierung: Was hat sie getan, um diese Maßnahmen der polnischen Regierung zu verhindern? Was hat sie getan, um die Vertriebenen vor dem bittersten Elend zu bewahren? Was gedenkt sie zu tun, um gegebenenfalls unter Anwendung von Vergeltungsmahnahmen, die deutschen Einwohner Polens gegen weitere derartige brutale und unmenschliche, eines Kulturvolkes unwürdige Zwangsmaßnahmen zu schützen?

## Fertiger Entwurf der Antwort an Deutschland.

Briand reist nach London.

Paris. Die Agentur Havas teilt mit, daß gestern am Canal d'Orly der Entwurf der Antwort auf die deutsche Note vom 20. Juli fertiggestellt worden ist. Außenminister Briand hat die Absicht, sich morgen nach London zu begeben, um mit Chamberlain die Antwortnote zu beraten und den englischen und französischen Entwurf eines Sicherheitspaktes zu prüfen. Der Meinungsaustrausch zwischen Chamberlain und Briand soll nur etwa eine Zeit von 48 Stunden in Anspruch nehmen.

### Meinungsaustrausch wegen Abhaltung einer Konferenz.

Paris. Havas meldet aus Brüssel: „Stolle besagt“ veröffentlicht einen Artikel, in dem er mitteilt, er erfahre, daß angeblich diplomatische Verhandlungen zwischen London,

Paris und Brüssel im Gange seien, die darüber aufklären sollten, ob eine Konferenz, an der Deutschland teilnehmen würde, zusammenzutreten soll, um die Frage des Sicherheitspaktes zu erörtern und zu regeln. Das Blatt glaubt, daß die englische und die belgische Regierung dem Zusammentritt einer solchen Konferenz eher günstig seien, während man auf französischer Seite ein gewisses Zögern an den Tag lege. Die Konferenz würde in der zweiten Hälfte des Septembers, also nach der Tagung des Völkerbundes, stattfinden. Diese am 7. September beginnende Tagung würde Chamberlain, Briand und Vandervelde gestalten, ihre Meinungen bezüglich des Sicherheitspaktes auszutauschen, da sie der Tagung des Völkerbundes persönlich beizuwohnen würden. Man glaube nicht an die Möglichkeit, daß im September bei der Völkerversammlung in Genf die Frage der Zulassung Deutschlands aufgeworfen werde und man erkenne folglich auch nicht die Notwendigkeit, die geplante Konferenz vor dem Zusammentritt der Völkerversammlung einzuberufen.

### Ein Antrag auf Ausweisung aller Polen.

Dem Reichstag ist ein Antrag der völkischen Arbeitsgemeinschaft eingebracht, der die sofortige Unterdrückung der über verlannt, welche Reichs- und Landesbehörden die Verantwortung für die unerhörten Zustände im Schiedsrichter Durchgangslager trifft. Ferner wird der sofortige Ausbruch der diplomatischen Beziehungen zu Polen und die Ausweisung sämtlicher in Deutschland sich aufhaltender Polen gefordert.

### Regierungserklärung über die Ausweisungspolitik.

Wie wir hören, wird Außenminister Dr. Stresemann in einer der nächsten Reichstagsitzungen, außerhalb der Tagesordnung, das Wort ergreifen, um zu dem Ausweisungspolitik mit Polen Stellung zu nehmen. Im Anschluß daran werden die Parteien gegen die Maßnahmen der polnischen Regierung Protest erheben.

### Die Länderminister zum Finanzausgleich.

Das Berliner Tageblatt meldet: Die Finanzminister der Länder waren am Sonntag erneut zusammengetreten, um die Möglichkeit einer Umänderung der Aufstellungen des Reiches und der Länder in der Frage des Finanzausgleiches zu erörtern. Zur Debatte stand ein neuer Ausgleichsvorschlag, den der preussische Finanzminister Höpfer-Hoffmann ausgearbeitet hatte. Der neue Ausgleichsvorschlag laut allgemein die Zustimmung der Länderminister. Eine Abordnung, bestehend aus den Finanzministern Preußens, Sachsens, Bayerns und Mecklenburgs, wurde zum Reichsfinanzminister von Schlieffen entsandt. Hier wurde der neue Ausgleichsvorschlag, der den Interessen sowohl des Reiches wie auch der Länder gerecht zu werden verucht, dem Reichsfinanzminister unterbreitet. Finanzminister von Schlieffen erklärte sich zu einer eingehenden Prüfung des Vorschlages bereit. Bereits am Sonntag nachmittags beschäftigte sich das Reichskabinett in einer Sitzung mit dem neuen Entwurf zum Finanzausgleich. Eine Entscheidung wurde nicht getroffen. Die Widerstände im Kabinett gegen ein weitergehendes Kompromiß mit den Ländern sind immer noch sehr stark. Die Kabinette der Länder werden ebenfalls sich mit dem neuen Vorschlag zu beschäftigen haben.

### Die Frage der Herabsetzung der Umsatzsteuer.

Der V. U. wußte gestern abend zu berichten, daß zwischen der Reichsregierung und den hinter ihr stehenden Parteien eine Einigung über die Frage der Herabsetzung der Umsatzsteuer erzielt worden sei. Heute meldet das Blatt, daß ein Kompromiß zwar noch nicht erzielt sei, jedoch bis zur dritten Lesung der Steuerordnung eine Lösung zu erhoffen sei. Das V. U. berichtet, daß Reichsfinanzminister Dr. Luther gestern abend im Reichstag mit Arbeitnehmern und Verbrauchervertretern der Regierungsparteien über die Frage der Ermäßigung bzw. Befreiung der Umsatzsteuer für Lebensmittel eine Besprechung gehabt habe, die jedoch ohne Ergebnis geblieben sei. Die Besprechungen sollen in den nächsten Tagen fortgesetzt werden.

### Ein neuer Minister der besetzten Gebiete.

Berlin. Wie die Blätter melden, steht die Ernennung des Zentrumsabgeordneten von Guérard zum Minister der besetzten Gebiete unmittelbar bevor. Abgeordneter von Guérard, der dem rechten Flügel des Zentrums angehört, ist geborener Rheinländer und verliert über enge Beziehungen mit der rheinisch-westfälischen Industrie. Wie wir hören, hat die Zentrumsfraktion Herrn von Guérard als Ministerkandidaten nominiert, nachdem der frühere Reichsfinanzminister Dr. Marx und der rheinische Zentrumsabgeordnete Dr. Kaas eine Berufung in das Reichskabinett abgelehnt haben.

### Weitere Einschränkung der interalliierten Ueberwachungskommission.

Berlin. Die interalliierte Ueberwachungskommission ist zum 1. August neuerlich um 30 Offiziere vermindert worden, sodass ihr derzeitiger Bestand rund 70 Offiziere be-

trägt. Ursprünglich betrug die Zahl der Offiziere über 800. Im Laufe der Zeit wurde diese Zahl immer weiter abgebaut. Die jüngste Verminderung ist darauf zurückzuführen, daß eine Reihe von Distriktkommissionen im Reich vollständig aufgelöst wurden, da die Vorkontrollkommission ihre Aufgabe als erfüllt ansehen hat.

In Kreisen der Ueberwachungskommission wird verächtet, daß den noch hier befindlichen Offizieren für den Herbst von ihren Regierungen eine andere Verwendung in Aussicht gestellt ist, woraus hervorgeht, daß auch die alliierten Regierungen sich darüber einig sind, die Kommission im Herbst aus Deutschland verschwinden zu lassen. Eine Vertagung dieser Tatsache ist auch darin zu sehen, daß der am 31. Dezember 1925 ablaufende Mietskontrakt für das Hotel Bellevue, in dem die Kommission bekanntlich untergebracht ist, nicht verlängert wurde. Der Chef der interalliierten Kommission, General Walsh, hat sich dieser Tage nach Paris begeben, um dort über seine Berliner Besprechungen, über die Abrüstungsnote, Bericht zu erstatten.

### Die Verhandlungen der deutsch-französischen Industriellen.

Aus Offen meldet die „Frankfurter Zeitung“: Ueber die angeblich abgebrochenen Verhandlungen der deutsch-französischen Industriellen sind unrichtige Meldungen verbreitet worden, nach denen von den deutschen Vertretern eine Abtattung an die französische Industrie ergangen sein soll. Tatsächlich liegen die Dinge so, daß die deutschen Industriellen vor der bekanntlich ursprünglich für Ende Juli in Paris vorgesehene neuen Zusammenkunft jährlich vorgeschlagen haben, vor der Weiterberatung der Einzelheiten des Luxemburger Abkommens, über das man sich ja grundsätzlich einig war, zunächst die wichtige Frage der Einschränkung aller europäischen Eisenindustrien zu behandeln, um das Problem einer generellen Produktionsregelung in allen Staaten Westeuropas zu klären. Bekanntlich hatte die deutsche Industrie ihre Zustimmung zum Luxemburger Abkommen von der Bedingung abhängig gemacht, daß innerhalb 6 Monate nach Inkrafttreten des besprochenen Abkommens eine Kontingentierung der eisenhaltenden Industrien in Frankreich und Belgien durchgeführt werden müsse. Infolge ihrer durch die Frankfurter Bewegung günstigen Konjunkturverhältnisse, hat die französische Industrie hieran zurzeit wenig Interesse, da sie den Zwang zur Einschränkung ihrer Produktion befürchtet. Dementsprechend bezogenen die französischen Industriellen diese Frage als nicht aktuell. Sie wünschten eine Verschiebung der Debatte. Auf diesen Brief ist nun eine Antwort der deutschen Industrievertreter abgegangen, in der diese ihren Standpunkt erneut darlegen, der dahin geht, zunächst die Frage des Generalabkommens zu klären und die Besprechungen des Luxemburger Abkommens bis zur Uebernahme der amtlichen Handelsvertragsverhandlungen zurückzustellen. Es wird erwartet, daß nach weiterer Klärung der beiderseitigen Meinungen durch schriftlichen Gedankenaustausch in absehbarer Zeit wieder eine persönliche Zusammenkunft der Industrievertreter beider Länder stattfinden wird.

### Rußlands Haltung in der Schuldenfrage.

Paris. Die Journale industrielle erfährt von einer über russische Angelegenheiten besonders gut unterrichteten Persönlichkeit, daß es wahr ist, daß Vorkontrollrat Kraffin während seines Aufenthalts in Moskau die Volkskommission von der Notwendigkeit überseuert hat, die Haltung bei der Regelung der Schuldenfrage zu ändern. Kraffin hat jedoch keine konkreten Vorschläge überbracht, wie man dies in einigen englischen Blättern behauptet, sondern einfach angefündigt, daß sich ein Umkehrung der Meinung in einiger Zeit vollziehen werde, wodurch eine teilweise Lösung der Schuldenfrage möglich wäre. Das einzige Ergebnis das erzielt worden sei, sei, daß Rußland seine scharfe Haltung aufzugeben hat, um anzudeuten, daß es den Wunsch habe, auf möglichst billige Weise zu einer Verständigung in der Schuldenfrage zu gelangen. Aber man erwartet in Paris nun Vorschläge in dem Maße, in dem die Societs glauben, damit ihren eigenen Bedürfnissen dienen zu können.





## Gerichtssaal.

**Schwurgericht.** Die letzte Verhandlung in der dreijährigen fünften Tagung des Schwurgerichts Dresden richtete sich gegen den aus Chemnitz gebürtigen 28 Jahre alten, in Pirna wohnhaften Fabrikarbeiter Otto Erich Schilde, der sich wegen Mordes zu verantworten hatte. Nach der durch Staatsanwalt Dr. Fischer vertretenen Anklage wurde Schilde beschuldigt, daß er am Abend des 23. Juni in Pirna in der Wohnung seiner Geliebten, der Arbeiterin Mariha Dora Arnold, deren am 23. November vergangenen Jahres gestorbenes Kind Dora Grifa Arnold mittels Gasaufstoß vergiftet, und die Tat mit Vorsatz und Ueberlegung begangen habe. Verbrechen des Mordes nach § 211 des StGB. Nach der Beweisaufnahme und dem Zeugenverhör hielt Staatsanwalt Dr. Fischer die Anklage, er forderte unter eingehender Begründung die Verurteilung wegen Mordes. Der Verteidiger erhob gegen eine Verurteilung Bedenken, so impulsive die Anklage erstatte, so dürste auch vorher die Tat begangen worden sein, ein Mord deshalb nicht vorliegen. Nach kurzer Beratung des Gerichts wurde die Verhandlung auf Donnerstag ausgesetzt, damit Angeklagter erst auf seinen Weistandstand untersucht werde.

### Marktberichte.

**Landwirtschaftliche Warenbörse zu Großhain.** Sonnabend, den 1. August 1925. Wetter: veränderlich. Stimmung: klar. Deute gezahlte Preise (für 50 kg in Goldmark): Weizen, hiesiger, alt 12,50, do. hiesiger, neu, gut trocken 12-12,25; Roggen, neu 10-9,80; Wintergerste, neu 9; Hafer, alt 12-12,25; Mais

Milch 11,50, Weizen 12; Mais 12; Weizen, 4,50 bis 5; Weizen- und Roggenstroh 1-1,20; Haferstroh 1; Weizenmehl (70%) 19,50; Roggenmehl (70%) 15; Roggenmehlmehl 10,50; Roggenkleie 8-9; Weizenkleie und Schale 7,75-8; Speisefartoffeln, neu 4-3,80.

**Treßner Schlachtmarkt vom 3. August.** Nutztier: 1. Rinder: 158 Ochsen, 180 Bullen, 332 Kalben und Kühe; 2. 678 Kälber, 811 Schafe, 2278 Schweine, zusammen 4482 Tiere, davon 96 Rinder ausländischer Herkunft. Preise in Reichsmark für 50 Kilogramm Lebend- und (im Durchschnitt) für Schlachtgewicht: Ochsen: 1. vollfleischige ausgewachsene höchsten Schlachtwertes bis zu 6 Jahren 68 bis 65 (116), 2. junge fleischige, nicht ausgewachsene, ältere ausgewachsene 58 bis 60 (113), 3. mäßig genährte junge, gut genährte ältere 50 bis 54 (111), 4. gering genährte jeden Alters 38 bis 46 (105), 5. Ausländertiere 60 bis 66 (115). Bullen: 1. vollfleischige, ausgewachsene höchsten Schlachtwertes 64 bis 66 (112), 2. vollfleischige jüngere 58 bis 62 (109), 3. mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 50 bis 54 (100), 4. gering genährte 44 bis 50 (100), 5. Ausländertiere 56 bis 64 (103 bis 110). Kalben und Kühe: 1. vollfleischige ausgewachsene Kalben höchsten Schlachtwertes 63 bis 65 (116), 2. vollfleischige, ausgewachsene Kühe höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren 58 bis 60 (113), 3. ältere ausgewachsene Kühe und gut entwickelte jüngere Kühe und Kalben 50 bis 54 (113), 4. gut genährte Kühe und mäßig genährte Kalben 38 bis 46 (105), 5. mäßig und gering genährte Kühe und gering genährte Kalben 26 bis 34 (83). Kälber: 1. beste Mast- und Saugkälber 72 bis 75 (119), 2. mittlere Mast- und gute Saugkälber 66 bis 70 (113), 3. geringe Kälber 52 bis 62 (100). Schafe: 1. Mastlamm und jüngere Mastlamm 60 bis 64 (124), 2. ältere

Mastlamm 54 bis 58 (124), 3. mäßig genährte Lamm und Schafe (Mastlamm) 43 bis 45 (87 bis 118). Schweine: 1. vollfleischige der feinsten Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis 1 1/2 Jahre 86 bis 88 (111), 2. Fleischschweine 88 bis 86 (111), 3. Fleischschweine 88 bis 85 (111), 4. gering entwickelte 80 bis 83 (111), 5. Sauen und Ober 70 bis 80 (100). Die Preise sind Marktpreise. Sie enthalten sämtliche Kosten des Handels für Fracht, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer usw. und beziehen sich auf nächsten auswaagene Tiere. Die Stadtpreise verzeichnen sich entsprechend. Ausnahmepreise über Stoll. Ueberland: 4 Rinder, 1 Schwein. Tendenz des Marktes: Geschäftsgang in Rindern, Schafen gut, in Kälbern, Schweinen mittel.

**Wichtig festgesetzte Preise an der Produktionsbörse zu Berlin am 3. August.** Getreide und Cellulose pro 1000 kg, (auß. pro 100 kg. (in Goldmark der Goldanleihe oder in Rentenmark.) Weizen, neuer 245-248, pommerischer —, Roggen, märkischer 184-189, merdenburgischer —, pommerischer —, Gerste, Futtergerste 199-212, n. Wintergerste 187-195. Hafer, märkischer —, pommerischer —, westpreussischer —, Weizen, loco Berlin —, Wagon frei Hamburg 211-218, Weizenmehl, bez. 100 kg frei Berlin brutto inkl. Sack (feinste Marken über Stoll) 33,00-35,00. Roggenmehl pro 100 kg frei Berlin brutto inkl. Sack 26,50-28,50. Weizenmehl, frei Berlin 13,80. Roggenmehl, frei Berlin 13,80. Mehl 850-860. Weizen —, Victoria-Größen 27-34, kleine Weizen-Größen 25-27, Futtererbsen 23-25,00. Weizenkörner 23-25,00. Ackerbohnen —, Bienen 26-28. Lupinen, blaue 11,75-13,25, gelbe 15-16,50. Terradella alte —, neue —, Napelbohnen 18,60. Weizenkörner 23,60-25,80. Trockenkorn 12,30-12,40. Sojabohnen 24,40-26,60. Zerkleinerte 80,70 10,00.

## Umtliches.

Herr Schmiedemeister Robert Schlegel in Streumen beabsichtigt in seinem Schmiedebetrieb in Streumen Ortslitten-Nr. 25 einen zweiten Hammer und zwar einen „Gulden-Lufthammer“ aufzustellen. Gemäß § 17 der Gewerbeordnung wird dies mit der Aufforderung bekannt gemacht, etwaige Einwendungen, soweit sie nicht auf besonderen Privatrechtstiteln beruhen, bei deren Verlust binnen 14 Tagen vom Erscheinen dieser Bekanntmachung an gerechnet, hier anzubringen. Großhain, am 3. August 1925. 8921 C. Amtshauptmannschaft.

Auf Blatt 587 des hiesigen Handelsregisters, die Firma „Führwesen- und Seblungs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Riesa“ betr., ist heute eingetragen worden: Die Gesellschafterversammlung vom 10. Juni 1925 hat die Umstellung des Stammkapitals von zwanzigtausend Mark auf zwanzigtausend Reichsmark beschlossen. Die Umstellung ist durchgeführt. §§ 1, 3, 4, 5 und 9 des Gesellschaftsvertrages sind durch den gleichen Beschluß laut Notariatsprotokoll von diesem Tage geändert worden. Durch Beschluß der Gesellschafter vom 10. Juni 1925 ist der Sitz der Gesellschaft nach Müdenberg, Kreis Liebenwerda, verlegt worden. Amtsgericht Riesa, den 1. August 1925.

Gund eingekauft. Binnen 3 Tagen abzuholen, andernfalls über ihn verfügt werden wird. Der Rat der Stadt Riesa — Fundamt — 4. August 1925.

## Heirat.

27j. Landwirt u. Kaufm., gesund, angen. Verh., aus sehr gut. Fam., wünscht Einheirat in Landgeschäft u. Landwirtschaft, wo er sich mitbetätigen od. m. Kapital mitbetätigen kann. Off. u. L. O. 698 an Jubalidbank Dresden.

## Urin-Untersuchung.

Kommen Sie zu mir zur Untersuchung und bringen Sie auch noch eine Flasche Ihres Morgenurins mit und ich sage, was und wo es Ihnen fehlt, ob Ihre Krankheit heilbar und wie Sie durch Homöopathie, Naturheilkunde und Biochemie wieder gesund werden können. Augendiagnose, soweit dieselbe wissenschaftlich anerkannt ist. Frauen werden von meiner Kollegin, welche seit 25 Jahren nur kranke Frauen behandelt, untersucht. Dieselbe ist in meiner Sprechstunde mit anwesend. Sprechstunden jetzt am Donnerstag in Riesa, Seifingsstraße 2, vorm. von 11 Uhr ununterbrochen bis abends 7 Uhr, und dann regelmäßig alle 14 Tage Donnerstags, auch wenn es nicht in der Zeitung steht.

Paul Bohn, Heilkundiger.

**Drucksachen** aller Art bester solid u. preiswert Langer & Winterlich Goethestraße 56.

**Speisekartoffeln** täglich frisch, empfiehlt billig und liefert frei Haus H. Grubbe, Bismarckstr. 35a.

## Unlebensam verspätet!

Bei meinem Scheiden von Riesa drängt es mich, allen denen, die Kunden der Reichs-Apotheke waren, für ihr Wohlwollen und Vertrauen meinen aufrichtigen Dank zu sagen, mit der gleichzeitigen Bitte, dieses Wohlwollen und Vertrauen auch auf meinen Nachfolger Herrn Apotheker Meissner gütig übertragen zu wollen.

Hochachtungsvoll

Hugo Banzhaf.

## Geschäfts-Eröffnung

Einer geehrten Einwohnerschaft von Gröba-Riesa und Umgegend zur gefälligen Kenntnis, daß ich am heutigen Tage Georgplatz 1 ein Uhren-, Gold- und Silberwaren-Geschäft mit Reparaturwerkstatt eröffne und bitte um gütige Unterstützung. Hochachtungsvoll Martin Krause Uhrmacher.

**Möbl. Zimmer** von Herrn Nähe Rathaus sofort od. später gesucht. Off. u. L. 2886 a. Tabl. Riesa.

**Möbl. Zimmer** mit Küchenbenutzung von 2 Damen per sofort gesucht. Ang. unt. K 2885 an das Tageblatt Riesa.

Wer einen **Laden sucht** und 2-3000 Mark zu Verfügung hat melde sich u. H 2883a im Tageblatt Riesa.

Sauberes ebrliches **Alleinmädchen** nicht unter 22 Jahren, welches in allen Hausarbeiten sowie im Kochen und Nähen erfahren ist, wird für 3-Perf.-Hausloft per 15. 8. od. 1. 9. gesucht. Große Wäsche außer dem Haus. Mädchen v. Lande, welche schon in ähnlicher Stellung waren, bevorzugt. Nur solche, denen an Dauerstellung gelegen ist, wollen sich melden bei Frau M. Gehmigen Dresden-Mit., Gustavstraße 34, 1., Tel. 19288.

Jünger Mann sucht Stelle als **Auto-Fahrer** wo er sich kennt, zur spät. Führerpr. aneignen kann. Ang. u. L. 2884 a. Tabl. Riesa

**Wachjam. Spitz** für Hof u. Wagen billig zu verkaufen Lindenstr. 1.

1 gebr. **Sofa** zu verkaufen. E. Göntsch, Nischenstr. 26. **Unterh. Sofa** 1 Rückenstuhl, 2 Tische u. 1 Servierisch zu verk. Nischenstr. 11.

**Oskar Berndt, Naturheilkundiger** Großhain, Herrmannstr. 19 von der Reise zurück. — Fernruf 140. —

**Rest. zum Dampfbad.** Morgen Mittwoch halten wir unser **Kaffee-Kränzchen** im neu vorgerichteten Garten ab und laden geehrte Damen und Herren hierzu höflich ein. Werden mit gutem Kaffee und Kuchen, Bierchen und Speisen bestens aufwarten und bitten um freundl. Besuch. Hochachtungsvoll Emil u. Emma Zimmer.

## Vereinsnachrichten

**Orpheus.** Morgen Mittwoch 7,9 Uhr abends Beginn der regelmäßigen Singstunden. Vollständig. Riese Freischau. Morgen Mittwoch Treffen zur Kabnabrt am Galtz. s. Unter. Abmarsch pft. 8 U. Riesaer Sportverein — S. C. Oster. Mittwoch keine Turnstunde wegen Reinigung der Halle. **Wiederbeginn 12. 8.** **Jungfrä. Spielmannszug.** Mittwoch 8 Uhr Stern. **Jungfrä. Donnerstag 8.15 Stern.** **Handverein Riesa e. V.** Morgen Mittwoch abend 8 Uhr gemütliches Beisammensein mit Angehörigen im Bootshaus. Unterhaltungsmusik. **Verein weiblicher Jäger, Riesa.** Versammlung 6. August 8 Uhr Elbstrasse.

Ein liebes treues Mutterherz hat aufschüt zu schlagen. Welteru entschilt laut und ruhig nach langen, mit großer Geduld ertragenen Leiden unsere gute treuhergende, unvergessliche Mutter, Schwieger- und Großmutter

**Frau Ida Gaumitz**

geb. Nicol, im Alter von 88 Jahren. In tiefstem Schmerz die stestrauernden Kinder u. Angehörigen. Me 5 t h e u e r, 3. August 1925. Beerdigung erfolgt Donnerstag, 6. August nachmittags 1/4 4 Uhr.



Das dankbare Seifenpulver

Größte Ergiebigkeit und hervorragende Waschwirkung! Dixin ist für jedes Waschverfahren geeignet. Besonders vorteilhaft für Maschinenwäsche zu verwenden! Ohne Chlor!

**Die Pflaumennutzung** an den Straßen der Gemeinde Streumen soll Freitag, 7. August, nachm. 6 Uhr im Galtzhof an Streumen nach dem Weistgebot verpachtet werden. Der Bürgermeister.

**Parkschlößchen.** Morg. Mittwoch Schweineschlachten. Ergebenst ladet ein Germ. Vogel.

**Guterhalt. Herrenrad** zu verkaufen, ab 7 Uhr abds. Schulstraße 25, 2. 1.

**Schreibisch m. Kuffab** zu verkaufen **Am Golabof 1, Doppel** **Guterh. Gitterkinderbett** m. Korbmatr., w. 1 Paar **Kinderstühle, Gr. 34, a. verk.** Zu erfr. im Tagebl. Riesa

**G. Rüdiger** **Rinderkühe** **Sandhaufen** **Sandwagen** **Rinderrechen** **Reifen** **Röhren** **Ziegelboote** **Gummibälle** **Goethestr. 41**

**Hochste neue Vollheringe** **Marinierte Heringe** täglich frisch. **Berühm. Fettberinge** jed. Montag u. Donnerstag. **Hermann Grünberg** Altmarkt. **Hirta 50 Jentner**

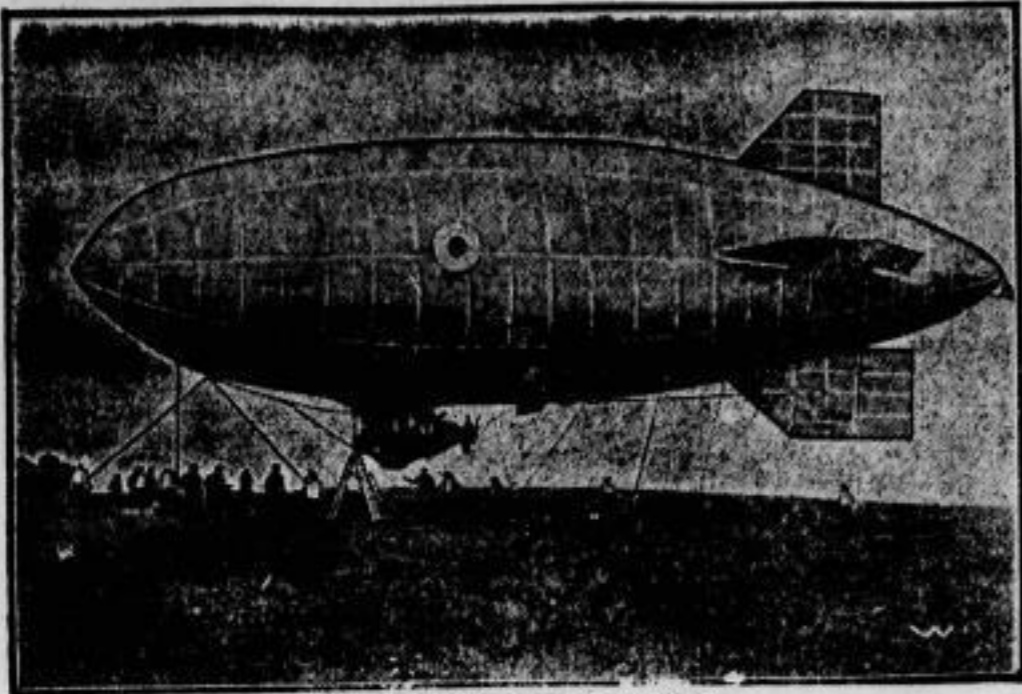
**Aepfel** (Schöner von Vostoop) zu verpacken. **Rüberrösel** **Rohr**, **Röhrlberg/Elbe**, **Rohr**, **Grube 6.**

**Plan** der **Stadt Riesa** mit Umgebung und Straßenverzeichnis a Preis 1,50 Mk. e verkauft **Alleinverlag** **Langer & Winterlich** **Tageblatt-Druckerei** Riesa, Goethestr. 39.

**Guterh. grüner Rinderwagen** steht bill. a. Verk **Vanenberg Nr. 3a.** **Guterh. Rinderwagen** billig zu verkaufen **Meißnerstr. 38.**

**Stadtpart Riesa.** Inh.: Otto Weser. Angenehm.ulenthalt. Gutgepflegte Getränke.

Übernehme mit Waidlich sauber ausgeführte **Schreibarbeiten** aller Art nach Diktat oder Vorlage sowie **Berichtfertigungen** von Einladungen, Programmen, Kundtschreiben etc. Ang. u. L. 2882 a. Tabl. Riesa Die heutige Nr. umfasst 4 Seiten.



Das erste Privat-Luftschiff der Welt. In den Vereinigten Staaten ist zum ersten Male ein Privat-Luftschiff gebaut worden. Die Füllung besteht nicht aus brennbarem Gas, sondern aus nicht durch Feuer explosivem Helium. Die Länge beträgt 110 Fuß. Das Luftschiff kann außer dem Piloten und einem Mechaniker zwei Passagiere befördern.



Japans Botschafter in Sowjetrußland. Unsere Aufnahme zeigt Japans Botschafter in Moskau, O. Takih Tanaka, beim Empfang durch Kalinin.



Der neugewählte Rektor der Berliner Universität Professor Dr. Joseph Pompeck.

Geheimer Bergrat Prof. Dr. Joseph Pompeck wurde gestern zum Rektor der Berliner Universität für das Amtsjahr 1925/26 gewählt. Prof. Pompeck ist 1867 zu Gr. Kölln in Pommern geboren und wirkte seit 1917 als Nachfolger Brancas in Berlin. 1920 nahm ihn die preussische Akademie der Wissenschaften unter die Zahl ihrer ordentlichen Mitglieder auf. Professor Pompeck gehört zu den hervorragenden Vertretern der historischen Geologie unserer Zeit. Er hat auf dem Gebiete der Paläontologie, Paläogeographie und Paläobiologie eine Reihe wertvoller Werke herausgegeben.



Kopf der Aphrodite. Äthnische Kopie nach griechischem Original, praxitelischen Stils (4. Jahrhundert v. Chr.).



Ein amerikanischer Kirchenführer in Berlin D. Mac Farland.

Der Generalsekretär des amerikanischen Kirchenbundes (Federal Council) D. Mac Farland-Newport, einer der vier Vizepräsidenten der Weltkonferenz für praktisches Christentum, ist auf der Durchreise nach Stockholm in Berlin eingetroffen. Er hält in der Friedrich-Wilhelm-Universität einen öffentlichen Vortrag über die Beziehung der nord-amerikanischen Kirche zu den Kirchen Europas insbesondere Deutschland.

### Zur Optantenaußweisung.

Der Reichspräsident hat den Reichsaußenminister Dr. Stresemann und den Reichsinnenminister Schiele zu einer Konferenz über die Optantenaußweisung und die für die Ausgewiesenen zu treffenden Fürsorgemaßnahmen empfangen. Zu der Bemerkung in einem Berliner Blatt, daß gerade in der gegenwärtigen Zeit der deutsche Gesandte in Warschau, Rauscher, auf Urlaub gegangen ist, wird von zuständiger Stelle die Auffassung vertreten, daß gerade diese Zeit während der Unterbrechungen der deutsch-polnischen Vertragsverhandlungen die geeignete Zeit für einen Urlaub des Gesandten sei, der zudem, falls es politisch erforderlich sein sollte, sofort auf seinen Posten zurückkehren kann. Die Angelegenheiten der Optanten machten die Anwesenheit des Gesandten in Warschau nicht erforderlich, weil diese Frage eine solche der technischen Durchführung sei und von den deutschen Konsulaten bearbeitet werde.

### Zur Unterbringung der deutschen Flüchtlinge in Schneidemühl.

Die Regierung beabsichtigt in der Grenzmark Posen-Mecklenburg eine Anzahl von Wohnungen zu beschlagern. Es sollen ferner alle Wohnungen, die in der Grenzmark als Optantenwohnungen im Bau sind und im Oktober oder im Frühjahr fertig sein werden, schon jetzt als Notwohnungen hergerichtet werden. Für die Unterbringung der Kinder soll in der Nähe des Sandtees bei Schneidemühl ein Kinderheim auf städtischen Boden gebaut werden. Die Stadt stellt das Geld, 50 000 Mark stellt die Regierung zur Verfügung. Ferner sollen Kinder auf dem Lande untergebracht werden, ebenso wie es mit den Ferienkindern geschieht ist. Eine andere Frage ist der Schulunterricht für die Kinder. Ein regelmäßiger Unterricht soll nach den Ferien durchgeführt werden. Die größte Sorge ist die Unterbringung von Vieh, namentlich von Viehern. Wegen Seuchengefahr sollen diese in Quarantäne kommen. Weiter wird von der Regierung der Schutz gegen Feuergefahr durchgehört werden. Gestern abend kam aus Berlin eine Abteilung von 8 Feuerwehrleuten, die das Schneidemühler Feuerwehrbüschwesen organisieren sollen. Ob das Lager in seiner jetzigen Form bestehen bleibt, ist fraglich. Wahrscheinlich werden in der Nähe Schneidemühls halbseitige Wohnungen errichtet werden.

### Der Lagerkommandant von Schneidemühl über die Lage der Ausgewiesenen.

Schneidemühl. Oberst Engelin, der diensttuende Leiter des hiesigen Optantenlagers, äußerte sich in einer längeren Unterredung mit dem Sonderberichterstatter der

Zeitung über die Lage der aus Polen ausgewiesenen Deutschen. Man müsse, so betonte er, bei den Ausgewiesenen zwischen Verdrängten und Optanten unterscheiden. Die Verdrängten werden vom Reichsentschädigungsamt in die Lage gesetzt, ihren in Polen verlassenen Besitz in Deutschland neu zu erwerben. Sie erhalten Entschädigungen bis zu 8000 Mark, für die sie in Deutschland Grundbesitz erwerben können. Von den 6000 bisher Ausgewiesenen sind etwa 600 zu den Verdrängten zu rechnen. Die übrigen Optanten, also die große Mehrzahl, sind vorläufig auf den mitunter sehr geringen Erlös aus ihrem Hab und Gut in Polen und die in Schneidemühl erhaltenen Bezüge angewiesen. Verhältnismäßig leicht gelangt es, Bauhandwerkern und Landwirten in ihrem Beruf Arbeit zu vermitteln, während die geistlichen Arbeiter zeitweise mit Beschäftigungen vorlieb nehmen müssen, die ihren Neigungen nicht ganz entsprechen. Auf die Frage, wie es möglich sein könnte, daß der in den letzten Tagen einkehrende Ansturm der Optanten alle Vorbereitungen für die Aufnahme als unzureichend erkennen ließ, antwortete der Oberst zunächst mit einem Achselzucken: „Gätten wir, so lagte er wörtlich, vor sechs Wochen mehr Geld zur Verfügung gehabt, dann würde uns der schlimmste Ansturm nicht überrascht haben. Nur der Freundlichkeit der Landwirte in der Umgebung, die ihr Getreide frühzeitig drehen ließen, um Stroh zu beschaffen, ist es zu verdanken, daß die Optanten noch eine Aufnahme fanden, wie wir sie ihnen bieten konnten. Es ist selbstverständlich, daß wir bei den bescheidenen verfügbaren Mitteln nicht mehr tun konnten, als wir getan haben. Uebrigens waren die deutschen Optanten in Polen vor kurzer Zeit noch der Ansicht, daß die polnische Regierung die Ausweisungen nicht so rigoros handhaben würde, wie es jetzt geschehen ist. Während viele deutsche Optanten bereits freiwillig auswanderten, war die Mehrzahl gewillt, nur der Gewalt zu weichen. Nun, die Gewalt ist schneller angewandt worden, als man allgemein annahm.“

Auf eine Frage nach den sanitären Verhältnissen im Lager äußerte sich Engelin dahin, daß die gesundheitliche Verfassung der Optantenfamilien durchaus nicht zu wünschen übrig lasse. Wo 6000 Menschen gedrängt beieinander wohnen, sei es selbstverständlich, daß hin und wieder eine Krankheit oder ein Todesfall eintrete. Jede Kleinstadt mit der Einwohnerzahl, die das Lager beherbergt, nehme sicher mehr ärztliche Hilfe in Anspruch als die Optanten. Auch die Verpflegung lasse nicht viel zu wünschen übrig. Allerdings lasse es sich nicht vermeiden, daß die Lagerinsassen Hungerläng nach Essen antehen müßten, weil eben die Vorbereitungen für die Aufnahme einer so großen Menschenmenge wegen der fehlenden Geldmittel nicht genügend getroffen werden konnten. Befragt, was er sich von dem Besuch des preussischen Innenministers im Lager verweise, antwortete der Lagerkommandant, er halte es für selbstverständlich, daß, wenn der Minister das Glend der Optanten mit eigenen Augen gesehen habe, von der preussischen Staats-

regierung alles getan werden würde, was in ihren Kräften steht, um Abhilfe zu schaffen.

### Dr. Stresemann über den Optantentrieg.

In einer Unterredung, die Reichsaußenminister Dr. Stresemann am Sonnabend dem Berliner Vertreter der „Breslauer Neuesten Nachrichten“ über die Optantenfrage gewährte, führte der Minister über die Rechtslage das Folgende aus:

„Während deutscherseits seit Jahren der Standpunkt vertreten worden ist, daß die beiderseitigen Optanten zwar das Recht, aber nicht die Pflicht haben, ihren Wohnsitz in den Staat zu verlegen, für den sie optiert haben, ist polnischeiseits geltend gemacht worden, daß die Optanten zur Abwanderung verpflichtet sind. Bei den sogenannten Wiener Verhandlungen über die Staatsangehörigkeits- und Optationsfragen im August v. J. hat diese Meinungsverchiedenheit eine große Rolle gespielt. Sie ist aber bedauerlicherweise durch den Entschluß des Präsidenten Koedenebeck zu ungunsten Deutschlands entschieden worden. Im Verlaufe der weiteren Verhandlungen war es der deutschen Delegation also nur möglich, für eine Einschränkung des Kreises der Optanten und für möglichst günstige Abwanderungsbedingungen einzutreten. Das Ergebnis ist festgelegt in dem schon genannten Wiener Abkommen vom 30. August 1924, das inzwischen bei uns und in Polen Gesetz geworden ist. Nach diesem Abkommen ist ein Optant zur Abwanderung nur dann verpflichtet, wenn er von der deutschen oder der polnischen Regierung eine schriftliche Abwanderungsaufforderung erhalten hat. Es lag also auch nach dem Zustandekommen des Wiener Abkommens im Belieben eines jeden Staates, ob er die Optanten zur Abwanderung zwingen wollte oder nicht. Die polnische Regierung hat nun bereits Anfang ds. J. von ihrem Recht Gebrauch gemacht und denjenigen Personen, die für Deutschland optiert hatten, die Abwanderungsaufforderung zugestellt. Daraufhin hat sich selbstverständlich auch die deutsche Regierung zu dem gleichen Schritt entschließen müssen.“

Nach Schätzungen der deutschen Behörden werden von der Abwanderungspflicht zum 1. August etwa 20 000 deutsche Optanten in Polen betroffen. Die deutsche Regierung hat auch nach dem Zustandekommen des Wiener Abkommens nichts unversucht gelassen, um in Verhandlungen mit der polnischen Regierung den Kreis der abwanderungspflichtigen Optanten einzuschränken. Diese Verhandlungen sind so gut wie ergebnislos geblieben, und da Polen bereits die Abwanderung seiner Optanten aus Deutschland organisiert hat, verschiedene Grenzbahnhöfe mit polnischen Optanten Deutschland bereits verlassen haben und Polen auch die Wob-





